



Geschäftsführung Hauptausschuss

Ansprechpartner/in: Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: PetraKramp@stadt-koeln.de

Datum: 18.06.2009

Niederschrift

über die **Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 04.08.2008, 14:05 Uhr bis 16:51 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Fritz Schramma

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Zimmermann	SPD	Vertreter für Frau Heuer
Herr Winrich Granitzka	CDU	
Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU	
Herr Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper	CDU	
Herr Bürgermeister Josef Müller	CDU	
Herr Martin Börschel	SPD	
Herr Axel Kaske	SPD	
Herr Walter Kluth	SPD	
Frau Brigitta von Bülow	Grüne	
Frau Barbara Moritz	Grüne	
Herr Ralph Sterck	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Manfred Rouhs	pro Köln	Vertreter für Frau Wolter
Herr Michael Kellner	Die Linke.Köln	
Frau Petra May	Einzelmandatsträgerin	

Gäste

Herr Thomas Breuer		Vorstandsmitglied der RheinEnergie AG
Herr Dr. Martin Müser	KBB	Ratsmitglied

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ulrike Heuer SPD

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Frau Judith Wolter pro Köln

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister weist drauf hin, dass zur Sitzung eine aktualisierte Tagesordnung vorliege, in der einige Vorlagen zugesetzt wurden.

Im Einzelnen handelt es sich um:

3. Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 3.1. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Rahmenbedingungen für die Realisierung der Archäologischen Zone und des Hauses und Museums der jüdischen Kultur"
AN/1454/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion
AN/ 1444/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag von Ratsmitglied Herr Dr. Muser (Kölner Bürger Bündnis)
AN/1459/2008

7. Mitteilungen
 - 7.1. Mitteilungen des Oberbürgermeisters
 - 7.1.1. Nationales Fußball-Museum
3294/2008

10. Dringlichkeitsvorlagen
 - 10.1. Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NW

10.1.1. RheinEnergie AG hier: Gründung der RheinEnergie Trading GmbH
3095/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln
AN/1458/2008

10.1.2. Beteiligung der RheinEnergie AG und der GEW Köln AG an der
WSW Energie & Wasser AG,
3267/2008

10.1.3. Beteiligung der RheinEnergie AG an der Secura Energie GmbH
3182/2008

Der Oberbürgermeister weist drauf hin, dass in den Zusätzen unter TOP 3.1 auch ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion zum Thema „Archäologische Zone und des Hauses und Museums der Jüdischen Kultur“ enthalten sei.

Der Hauptausschuss stimmt der Behandlung der Angelegenheit einvernehmlich zu.

Der Oberbürgermeister erläutert, dass im nichtöffentlichen Teil drei Dringlichkeitsentscheidungen aus dem Bereich der RheinEnergie AG zur Beratung vorgesehen seien.

Er schlägt vor, dass die Vorstandsmitglieder der RheinEnergie AG, die Herren, Dr. Schmitz, Dr. Steinkamp, Breuer und Hassel, bei der Beratung der Punkte im nichtöffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen dürfen, um für eventuelle Rückfragen zur Verfügung zu stehen.

Da die Beschlüsse noch am gleichen Tage weitergeleitet werden müssten, schlägt er weiterhin vor, die betreffenden Punkte 10.1.1; 10.1.2 und 10.1.3 direkt zu Beginn des nichtöffentlichen Sitzungsteils und zwar beginnend mit der Vorlage Nr. 10.1.2 zu behandeln.

Der Hauptausschuss stimmt diesen Vorschlägen einvernehmlich zu

Im Übrigen legt der Hauptausschuss die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen
 - 1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters
 - 1.1.1 Mitteilung des Oberbürgermeisters gemäß § 43 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen.
2282/2008
 - 1.1.2 Bericht des Ältestenrates für das Jahr 2007
3046/2008
 - 1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
 - 1.2.1 Gender Mainstraming
1232/2008
- 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 3.1. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Rahmenbedingungen für die Realisierung der Archäologischen Zone und des Hauses und Museums der jüdischen Kultur"

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/1444/2008

Änderungsantrag von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis)
AN/1459/2008
AN/1454/2008
- 4 Dringlichkeitsentscheidungen

- 4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NW
- 4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 1 GO NW
- 5 Sonstige Allgemeine Vorlagen
 - 5.1 Änderung der Stadtgrenze und Grundstückstausch im Zuge der Flurbereinigungsverfahren "Ortsumgehung Niederkassel" und "Langeler Bogen" 1421/2008
- 6 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 7 Mitteilungen
 - 7.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters
 - 7.1.1 Nationales Fußball-Museum 3294/2008
 - 7.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
- 8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 10 Dringlichkeitsvorlagen
 - 10.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NW
 - 10.1.1 RheinEnergie AG hier: Gründung der RheinEnergie Trading GmbH 3095/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln
AN/1458/2008

10.1.2 Beteiligung der RheinEnergie AG und der GEW Köln AG an der
WSW Energie & Wasser AG,
3267/2008

10.1.3 Beteiligung der RheinEnergie AG an der Secura Energie GmbH
3182/2008

10.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2
Satz 1 GO NW

11 Personalien

11.1 Beförderung eines Stadtverwaltungsdirektors
2476/2008

11.2 Besetzung der Stelle Leiterin der Stadtbibliothek
3160/2008

11.3 Beförderung eines Stadtverwaltungsdirektors
3162/2008

12 Sonstige allgemeine Vorlagen

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

14.05 Uhr bis 16.32 Uhr

1 Mitteilungen

1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1.1.1 Mitteilung des Oberbürgermeisters gemäß § 43 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen. 2282/2008

Hierzu liegt eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung vor.

1.1.2 Bericht des Ältestenrates für das Jahr 2007 3046/2008

Hierzu liegt eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung vor.

1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

1.2.1 Gender Mainstraming 1232/2008

Der Oberbürgermeister weist auf die schriftliche Mitteilung der Gleichstellungsbeauftragten hin und erklärt, dass Frau Engel als Vertreterin des Amtes für eventuelle Rückfragen zur Verfügung stehe.

Fragen werden von den Mitgliedern des Hauptausschusses nicht gestellt.

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Rahmenbedingungen für die Realisierung der Archäologischen Zone und des Hauses und Museums der jüdischen Kultur"
AN/1454/2008

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/1444/2008

Änderungsantrag von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis)
AN/1459/2008

Der Oberbürgermeister nimmt zu der Angelegenheit einleitend Stellung:

Zunächst verweist er auf die Verwaltungsvorlage, die für die zuständigen Beratungsgremien fristgerecht zugestellt und zur heutigen Sitzung des Hauptausschusses ebenfalls bereitgestellt wurde. Viele der Forderungen, die im Antrag formuliert wurden, seien durch die Vorlage bereits erfüllt.

Eine Bestätigung des Ratsbeschlusses vom 18. Mai 2006 hinsichtlich der Festlegung des Rathausvorplatzes als einzigen möglichen Standort für ein Haus und Museum der Jüdischen Kultur sei überflüssig, da dies der geltenden Beschlusslage entspreche.

Die Kritik, dass die Verwaltung zu wenig für die geforderte breite Debatte unternommen habe, sei unzutreffend. Hierzu erläutert der Oberbürgermeister, dass erst nach Würdigung des Preisgerichtes, eine Begutachtung und Stellungnahme der Verwaltung möglich war. Im Übrigen verweist er auf das Angebot der Führungen, die den Bürgerinnen und Bürgern kostenfrei angeboten würden. Die Dauer der Ausstellung sei wegen des großen öffentlichen Interesses bereits verlängert worden.

Der Wunsch, einen Platz vor dem Wallraf-Richartz-Museum zu schaffen, müsste mit dem Architekten und dem Förderverein des Museums besprochen werden, da dieser Bereich bereits bei den Flächenbedarfen des Museums eingeplant wurde.

Der Oberbürgermeister nimmt Bezug auf die Finanzierungszusage des Landes. Danach sei lediglich eine Beteiligung an der Archäologischen Zone, nicht aber am Haus und Museum der Jüdischen Kultur zu erwarten. Die Stadt dürfe nicht den Eindruck erwecken, alternative Finanzierungsmöglichkeiten für das Museum in Erwägung zu ziehen.

Die Kritik, er habe nicht im gebotenen Maße an den Sitzungen des Preisgerichtes teilgenommen, weist der Oberbürgermeister zurück. Er sei als Preisrichter benannt worden und habe etwa für zwei Stunden an der Sitzung des Preisgerichtes teilgenommen. Hier habe er eindringlich darauf hingewiesen, dass Archäologische Zone und Haus und Museum der Jüdischen Kultur wegen der ungeklärten Finanzierung des Museums-Projektes getrennt von einander zu behandeln seien. Für die übrige Sitzungszeit des Preisgerichtes sei er planmäßig von Herrn Beigeordneten Streitberger vertreten worden.

RM Börschel erklärt, da der Oberbürgermeister den vorliegenden Antrag bereits kommentiert habe, könne er sich auf die wesentlichen Punkte beschränken.

Es gehe vor allem um die Frage, inwieweit ein Konsens möglich sei. Deshalb bittet er den Oberbürgermeister zu erläutern, welchen Punkten des Antrages er nicht zustimmen könne.

In der Angelegenheit sei an den Ratsbeschluss vom Mai 2006 zu erinnern, der inhaltlich ausdrücklich bekräftigt werde. Dies sei offensichtlich notwendig, da Entwicklungen zu beobachten seien, die teilweise der geltenden Beschlusslage widersprechen.

Nachdem die Wettbewerbsergebnisse vorlagen, habe die öffentliche Debatte stark zugenommen. Dies werde ausdrücklich begrüßt. Es sei allerdings bedauerlich, dass man scheinbar davon ausgegangen ist, diese Diskussion erst im Anschluss an den Wettbewerb führen zu können. Stattdessen hätte man Information und Meinungsbildung schon über die Grundlagen, d. h. Befürwortung oder Ablehnung einer Bebauung des Rathausplatzes führen müssen. Die Diskussion über Schutzbauten zeige, dass sowohl bei einer breiten Öffentlichkeit als auch bei einigen Mandatsträgern Unklarheit darüber bestehe, was eigentlich geplant sei. Das was jetzt durch die Ausstellung seitens der Verwaltung zur Information und Meinungsbildung getan werde sei positiv zu bewerten, der Ratsauftrag sah hier allerdings eine frühere Debatte vor.

Außerordentlich wichtig sei seiner Ansicht nach die Platzgestaltung. Die Möglichkeit, zwischen der Rathauslaube und dem Museum einen Platz zu gestalten, bestehe durch die Möglichkeit, die Straße vor dem Wallraf-Richartz-Museum in die Platzfläche mit einzubeziehen.

Hinsichtlich der Planungen zum ehemaligen Kutz-Gelände erinnert RM Börschel ebenfalls an den Ratsbeschluss vom Mai 2006. Danach sollte das Gelände nicht als alternativer Standort sondern als Platz für Nebenräume des Museums mit in die Planungen einbezogen werden. Ziel war es, die Baumasse auf dem Rathausplatz soweit wie möglich zu verringern.

RM Börschel erinnert an die Aussage zur Finanzierung des Hauses und Museums der Jüdischen Kultur. Hierzu sehe der Ratsbeschluss vor, dass die Kosten für Bau und Betrieb durch den Förderverein zu tragen sind. Es bestehe allerdings der Eindruck, als habe der Förderverein die zurückliegende Zeit verstreichen lassen, ohne sich um die Akquirierung der notwendigen Mittel zu kümmern.

Vor diesem Hintergrund sei auch Ziffer 13 des Antrages zu verstehen. Es ändere sich nichts an der Aussage, wer das Geld aufzubringen habe sondern es gehe um die Erarbeitung eines optimalen Finanzierungsmodells.

Bezug nehmend auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion erklärt RM Börschel, der Antrag sei abzulehnen, da er sich nur oberflächlich mit dem Thema befasse und für eine getrennte Realisierung der Archäologischen Zone und des Hauses und Museums der Jüdischen Kultur ausspreche.

Eine zeitliche Entkoppelung sei nicht wünschenswert. Die Bedeutung der Projekte werde durch eine zeitgleiche Realisierung noch unterstrichen. Andererseits dürfe

ein Projekt das andere nicht behindern. Deshalb müsse man die Rahmenbedingungen, wie sie durch den Oberbürgermeister oder die Presseberichterstattung geschildert wurden, diskutieren. Diesbezüglich ist zunächst die für die kommende Ratssitzung angekündigte Verwaltungsvorlage abzuwarten. Auch einem negativen Ergebnis müsse man sich stellen, möglicherweise führe der Prüfauftrag aber noch zu einer positiven Lösung.

RM Moritz nimmt ebenfalls Bezug auf den Ratsbeschluss vom Mai 2006 und stellt klar, dass danach das Kutz-Gelände in die Planungen mit einzubeziehen nicht aber als möglicher Standort für das Museum in Betracht zu ziehen war. Sie wolle daher den Auftrag des Rates aus dem besagten Beschluss nochmals ausdrücklich unterstreichen, denn sie habe den Eindruck, dass die Umsetzung nicht dem damaligen Beschluss entspreche.

RM Moritz erinnert an die Expertenhearings, die Anfang 2000 vom damaligen Dezernenten für Stadtentwicklung, Herrn Fruhner, unter städtebaulichen sowie von der verstorbenen Kulturdezernentin, Frau Hüllenkremer, unter kulturhistorischen Gesichtspunkten durchgeführt wurden. Die international besetzten Gremien seien zu dem Ergebnis gekommen, dass es auf dem Rathausvorplatz eine einmalige historische Situation gäbe, einmalig in Europa. Wenn man ein Jüdisches Haus der Kultur errichten wolle, dann an Ort und Stelle, also auf dem Rathausplatz. Die Aussagen seien so überzeugend gewesen, dass selbst der ursprünglich kritisch eingestellte Vorsitzende des Ausschusses Kunst und Kultur, Herr Knieps, als auch der kulturpolitische Sprecher der CDU, Herr Blömer, überzeugt werden konnten.

Nach der Unterrichtung der Öffentlichkeit bestehe bei den interessierten Bürgerinnen und Bürgern fälschlicherweise der Eindruck, sie seien zu einem Votum zum Standort aufgerufen. Diese Frage stelle sich nach der Durchführung des Wettbewerbes jedoch nicht mehr.

Hinsichtlich der vertraulichen Beratungen des Preisgerichtes sei von verschiedenen Indiskretionen zu berichten. So sei das Stimmverhalten veröffentlicht worden, darüber hinaus wurden Fachprüfer zitiert, wonach der erste Preis die Vorgaben nicht erfüllt habe und deshalb eigentlich nicht berücksichtigt werden könne.

RM Moritz erinnert an den Auftrag des Wettbewerbs. Danach war das Projekt in zwei Stufen zu planen. In Stufe eins ging es um die Realisierung der Archäologischen Zone sowie die Sicherung der Ausgrabungen. In einer zweiten Stufe sollte dann das Jüdische Museum errichtet werden. Fast alle Bewerber sahen die Errichtung von Schutzbauten vor und gruppierten anschließend das Museum darum. Der erste Preisträger wählte jedoch einen anderen Ansatz. In der ersten Stufe soll eine Hülle über den Ausgrabungen errichtet und anschließend mit dem Museum gefüllt werden.

Die Schutzbauten wurden vom Preisgericht unter städtebaulicher und architektonischer Sicht als minderwertig eingestuft. Falls das Museum nicht realisiert würde, bliebe es bei dem Provisorium auf dem Rathausvorplatz. Aus diesem Grunde sprach sich eine große Mehrheit des Preisgerichts, darunter die Vertreter des Landes und der Regionale, vehement für den ersten Preis aus.

RM Moritz bezieht sich auf die Beschlussvorlage, die die Verwaltung zur Unterrichtung der Ausschussmitglieder bereitgestellt hat. Da die Unterlagen erst am Freitag zugegangen seien, habe sie nur kurz die Möglichkeit gehabt, Einblick zu nehmen. Sie habe jedoch bereits eine Unstimmigkeit in der Vorlage auf Seite 4, Punkt 3, 1. Spiegelstrich, Satz 1 festgestellt. Die Aussage, dass eine zeitliche Entkoppelung nicht darstellbar sei, sei nicht korrekt. Das Preisgericht habe dem ersten Preisträger empfohlen, einen Platz vor dem Wallraf-Richartz-Museum dazustellen. Die dadurch wegfallenden Nutzflächen des Jüdischen Museums, wie Nebenräume oder Verwaltungsflächen, könnten stattdessen auf dem Gelände des ehemaligen Kaufhauses Kutz errichtet werden. Die Kosten, die für die Schutzbauten aufzuwenden wären, müssten mit den Kosten für die Gebäudehülle gegen gerechnet werden. Die Verwaltung sollte dann in einem Zeit-Maßnahmen-Programm die Schritte der Realisierung und die Frage der Finanzierung darstellen. Hierzu erwarte sie für die kommende Ratssitzung am 28.08.08 eine Aussage der Verwaltung.

RM Sterck erklärt, dass sich die FDP-Fraktion bereits seit mehreren Jahren mit dem Thema befasse. So habe seine Fraktion bereits am 09.08.1999 die Umriss eines Hauses und Museums der Jüdischen Kultur auf dem Rathausvorplatz mittels Luftballons nachgebildet.

In verschiedenen Konstellationen hätten sich auch die politischen Partner damit beschäftigt. Die Festlegung des Standortes auf dem Rathausvorplatz war Bestandteil des Koalitionsvertrages mit der CDU. Die Symposien, die 2001 zu diesem Thema stattgefunden haben, zeigen, dass auch ehemalige Kritiker, wie Herr Knieps und Herr Blömer letztendlich überzeugt werden konnten. Deshalb sei auch die Verlängerung der Ausstellung, die der Unterrichtung der Bürgerinnen und Bürger dienen solle, eine zentrale Forderung des Antrages.

Bezug nehmend auf die Pressekonferenz der CDU und den Änderungsantrag von RM Dr. Müser, erklärt RM Sterck, dass sich die Frage ob eine Bebauung des Rathausvorplatzes erfolgen solle, nicht mehr stellt. Er erinnert daran, dass 2001 sieben Standorte untersucht wurden. Jetzt gehe es nur noch um die Frage, wie das Projekt ausgeführt werde. Er fordert die CDU auf, sich an diesem Entscheidungsprozess zu beteiligen.

RM Sterck unterstreicht nochmals die Forderung, dass die Hülle des Museums vom Wallraf-Richartz-Museum abrücken müsse.

Ein weiterer zentraler Punkt sei der Zeit-Maßnahmen-Plan. Er glaube nicht, dass die Aussage des Oberbürgermeisters, wonach bereits zur kommenden Ratssitzung, eine Bankbürgschaft oder Patronatserklärung durch die Stiftung erforderlich sei, zuträfe. Vorausgesetzt, man würde sich für den ersten Preis entscheiden, sei hier noch die Zeit für die weiteren Ausgrabungen sowie für den Entscheidungsprozess, ob nur eine Hülle errichtet oder womit die Hülle gefüllt werden soll, zu berücksichtigen. Erst dann sei eine Entscheidung erforderlich. Diese Aussagen sowie die Darstellung der jeweiligen Kosten erwarte er aus dem Zeit-Maßnahmen-Plan, der von der Verwaltung vorzulegen sei. Da die Ausgrabungen möglicherweise ein bis eineinhalb Jahre in Anspruch nehmen, könne eine definitive Entscheidung der Stiftung auch entsprechend später getroffen werden. Dann gehe es auch darum, mögliche alternative Finanzie-

rungsmodelle zu prüfen. Hier wäre auch die komplette Planung aus einer Hand, d. h. durch die Stadt Köln, mit einer Refinanzierung aus einer Pacht, denkbar.

RM Sterck erläutert, dass die Verwaltungsvorlage seiner Ansicht nach nicht konkret genug sei, um den Anforderungen des Landes und der Regionale zu genügen. Durch den Beschluss des Hauptausschusses würden einige Dinge obsolet andere Details müssten überarbeitet bzw. ergänzt werden. Er gehe davon aus, dass die aktualisierte Beschlussvorlage durch die Verwaltung bereits zur kommenden Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 19.08.08 vorgelegt werde.

RM Granitzka erinnert daran, dass die CDU-Fraktion bereits den Ratsantrag vom Mai 2006 abgelehnt hatte. Nach der öffentlichen Diskussion habe er den Eindruck, dass diese Haltung von einem überwiegenden Teil der Kölner Bevölkerung unterstützt werde. Es bestehe nicht die Absicht, den besagten Ratsbeschluss aufzuheben. Ziel sei es, die Projekte sachlich und zeitlich getrennt voneinander zu behandeln, um die Erstellung der Archäologischen Zone nicht zu gefährden. Beim Jüdischen Museum sei die Finanzierung im Gegensatz zur Archäologischen Zone nicht geklärt. Jedenfalls sei nicht ersichtlich, dass der Förderverein die notwendigen Finanzmittel bereitstellen könne.

Hinsichtlich der Schutzbauten haben namhafte Architekten seiner Fraktion Möglichkeiten aufgezeigt, nach denen die Bauten entweder nicht erforderlich seien oder aber in einer anderen Form und mit anderen Materialien hergestellt werden könnten. Die verschiedenen Möglichkeiten sollten geprüft und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

RM Granitzka unterstreicht nochmals die Forderung der CDU-Fraktion, den Rathausplatz von jeglicher Bebauung freizuhalten. Er erinnert daran, dass das ehemalige Kutz-Gelände damals für ca. 13 Millionen DM erworben worden sei. An diesem Standort bestehe die Möglichkeit, das Museum im Viertel zu errichten.

Hinsichtlich des vorliegenden Dringlichkeitsantrages erklärt er, dass einzelnen Punkten zwar zugestimmt werden könne, der Antrag aber insgesamt abzulehnen sei.

RM Rouhs weist auf eine Berichterstattung von Radio Köln hin. Eine Meinungsumfrage des Senders habe ergeben, dass die Bebauung des Rathausplatzes von einer Mehrheit der Kölner Bevölkerung abgelehnt werde.

Der Vorwurf der Antrag stellenden Fraktionen hinsichtlich einer ungenügenden Unterrichtung der Öffentlichkeit sei zurückzuweisen. Genau das Gegenteil sei der Fall. Zunächst habe sich nur ein kleiner örtlich gebundener Kreis mit dem Thema beschäftigt und einer Bebauung widersprochen. Nachdem das hervorragende Ergebnis des archäologischen Wettbewerbs vorgestellt wurde, waren anhand der bildlichen Darstellungen die Veränderungen auf dem Rathausplatz vorstellbar geworden. Ein überwiegender Teil der Kölnerinnen und Kölner habe diese Pläne abgelehnt. Auf Grund dieser Reaktion sahen sich die Antragsteller genötigt, ihren Ratsbeschluss noch einmal zu untermauern. Mit diesem Antrag setze sich die politische Mehrheit zum wiederholten Male über die Interessen einer breiten Öffentlichkeit hinweg.

Bezug nehmend auf die Aussage von RM Börschel erklärt **RM Dr. Müser**, dass dieser zu Recht den späten Zeitpunkt der breiten öffentlichen Debatte beanstandet habe. Für solche bedeutsamen Projekte sähe die Gemeindeordnung eine Meinungsbildung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt vor. Stattdessen habe man zunächst das Wettbewerbsergebnis abgewartet und einen Ratsbeschluss zur Bebauung des Rathausplatzes gefasst. Dieser Beschluss wurde allerdings unter den Vorbehalt einer breiten öffentlichen Debatte gestellt. Nunmehr haben die Antragsteller deutlich gemacht, dass die Platzentscheidung gar nicht zur Disposition stehe. Damit werde die Aussage aus dem Antrag ad absurdum geführt.

RM Dr. Müser weist darauf hin, dass der Entwurf des ersten Preisträgers nicht mit den Vorgaben aus den Wettbewerbsunterlagen übereinstimme, und sogar nicht einmal den Vorgaben der ersten Stufe entspreche. Er könne daher lediglich als Darstellung einer weiteren Möglichkeit gewertet werden.

Viele Bürgerinnen und Bürger fragten sich unter diesen Umständen, über was sie denn überhaupt debattieren sollten. Eine breite Bevölkerungsmehrheit äußere sich jedoch kritisch hinsichtlich der Errichtung des Museums. Als eine Art Entschädigung für die Errichtung eines Betonklotzes werde den Bürgern ein zusätzlicher Platz vor dem Wallraf-Richarz-Museum angeboten. Die Möglichkeit einer anderen Gestaltung, z. B. ohne dass ein Museum in der vorgesehenen Größenordnung realisiert wird, werde nicht in Betracht gezogen. Auch dem Kölner Bürger Bündnis lägen wie der CDU Hinweise zu anderen architektonischen Lösungen zur Platzgestaltung vor.

RM Kellner verweist darauf, dass bereits der Ratsbeschluss vom 18.05.06, der auf einem Antrag von SPD, den Grünen und der FDP beruht, durch die Fraktion Die Linke.Köln unterstützt wurde. Dies gelte auch für den aktuellen Antrag. Es gehe seiner Fraktion vor allem darum, eine authentische Lösung zu finden. Dabei dürfe der historische Bezug zum Rathausplatz nicht außer Acht gelassen werden. RM Kellner erklärt, dass seine Fraktion mit der Einbeziehung des Kutz-Geländes ebenfalls einverstanden sei.

RM May hält das Ergebnis des Preisgerichts für nicht gelungen. Die Idee, den Rathausplatz mit einem Klotz zu bebauen, könne von jedem Architekten geplant werden. Das Ergebnis überzeuge einen Großteil der Kölner Bevölkerung scheinbar ebenfalls nicht. Gute gelungene Architektur zeichne sich dadurch aus, das Unmögliche möglich zu machen. Denkbar seien z. B. eine Erschließung von unten sowie die Abdeckung mittels einer Glaskuppel. Die Vorschläge aus dem vor zwei Jahren gestellten Antrag der CDU-Fraktion, in dem ihr Änderungsantrag aufgenommen wurde, seien noch nicht diskutiert worden. Wichtig sei, jetzt keine überstürzte Entscheidung zu treffen. Der aktuelle Antrag der CDU werde deshalb von ihr befürwortet.

Zur Unterstützung der Meinungsbildung sei die Verlängerung der Ausstellung zu begrüßen. RM May regt an, das Angebot der Führungen ebenfalls zu verlängern.

Den Antrag, der von SPD, Grünen und FDP zur heutigen Sitzung vorgelegt worden sei, bezeichne RM May als reine Farce. Er enthalte neben Rügen und Missverständnissen u. a. den Dank an das Preisgericht und die Mitwirkenden des Wettbe-

werbs. Angemessener wäre es ihrer Ansicht nach gewesen, den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Engagement zu danken.

Bezug nehmend auf die Aussagen einzelner Ausschussmitglieder erklärt **der Oberbürgermeister**, dass er für die Verwaltung einige Punkte klarstellen müsse.

Die Beschlussvorlage, die dem Hauptausschuss zur heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, sei nicht als Reaktion auf den aktuellen Antrag erstellt sondern bereits seit geraumer Zeit erarbeitet worden.

Auf die Frage, ob die Vorlage konkret genug sei, teilt der Oberbürgermeister mit, dass nach Absprache mit dem Land und der Regionale ein Beschluss über den Planungsauftrag hinsichtlich Fertigstellung der Archäologischen Zone herbeigeführt werden müsse. Darüber hinaus seien zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Beschlüsse erforderlich. Die Entscheidung über den Planungsauftrag müsse allerdings in der kommenden Ratssitzung gefasst werden. Die Zuschussgewährung des Landes für die Archäologische Zone setze nämlich voraus, dass das Ministerium am 22.09. den A-Stempel für das Projekt erteile.

Weiterhin erinnert der Oberbürgermeister daran, dass die Ausgrabungen voraussichtlich noch ein bis eineinhalb Jahre andauern werden. Erst zum Ende dieser Phase werde deutlich, welche Bereiche für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Deshalb bestehe zum jetzigen Zeitpunkt auch keine Notwendigkeit über die weitere Bebauung zu entscheiden.

Insbesondere die Aussage von RM Sterck, zunächst eine Hülle für das Museum zu errichten und erst später zu entscheiden, womit die Hülle gefüllt werden soll, hält der Oberbürgermeister für äußerst bedenklich. In diesem Zusammenhang sei noch einmal deutlich darauf hinzuweisen, dass die Stadt Köln weder Bauherr noch Betreiber des Museums sei. Deshalb lehne er es ab, zum jetzigen Zeitpunkt über Finanzierungsmodelle zu diskutieren. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es noch kein konkretes Konzept für das Museum gibt. Es seien bisher lediglich Vorschläge für die Nutzung als Volkshochschule, Bibliothek, Vortrags- und Konzertsaal oder Ausstellungsräume unterbreitet worden.

Da die Verwaltung auch hinsichtlich der Planungen zum ehemaligen Kutz-Gelände kritisiert worden sei, werde zu diesem Punkt der Kulturdezernent, Prof. Quander, Stellung nehmen.

Bezug nehmend auf das Kutz- Gelände bestätigt **Herr Beigeordneter Prof. Quander**, dass der damalige Ratsbeschluss vorsah, das Grundstück in die Planungen einzubeziehen. Zum besagten Zeitpunkt bestand Unklarheit darüber, wie die Archäologische Zone hinsichtlich Begehbarkeit und Eingangsbereich erschlossen werden sollte. Als Lösung bot sich der Zugang vom Altermarkt durch das Sockelgeschoss des Rathauses an, so dass für diesen Zweck das Kutz-Gelände nicht mehr in Anspruch genommen werden müsste. Auch für die Errichtung des Hauses und Museums der Jüdischen Kultur wurde dieses Areal nicht in die Planungen einbezogen, da die Stifter den Rathausvorplatz als einzigen möglichen Standort bezeichneten. Das Grundstück wurde aus den vorgenannten Gründen nicht mehr in den Ausschreibungstext

aufgenommen. Der zu Grunde liegenden Beschlussvorlage wurde im Übrigen im Stadtentwicklungsausschuss, im Ausschuss Kunst und Kultur sowie in der Bezirksvertretung Innenstadt jeweils einstimmig zugestimmt. Inwieweit das Grundstück für gewisse Teile - wie etwa eine Büronutzung – in Anspruch genommen werden könne, müsste überprüft werden. Dieser Aspekt war aber nicht Bestandteil des Auslobungstextes.

Herr Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass er bereits erste Gespräche mit Architekten geführt hat. Daraus habe sich ergeben, dass die Eingangssituation des Hauses und Museums der Jüdischen Kultur überarbeitet werden könne. Es sei sogar eine bessere Lösung, wenn das geplante Museum vom Wallraf-Richartz-Museum abrücken würde. In diesem Falle werde sich allerdings das Raumvolumen des geplanten Museums verringern.

Der Kulturdezernent weist die Kritik von RM Moritz, die die Vorlage hinsichtlich der Beurteilung der Wettbewerbsergebnisse als fehlerhaft bezeichnet hatte, zurück. Tatsächlich sei eine zeitliche Entkoppelung nicht möglich. Nach Aussage der Architekten stelle die Schutzhülle den Gesamtbau dar. Als erster Schritt sei das gesamte Stahltragwerk einschließlich der Decke zwischen Sockel- und Obergeschoss zu errichten. Ob bei diesem Bauabschnitt auch die Fassade hergestellt werden solle, müsse geprüft werden. Wenn zunächst nur die Errichtung des Stahlgerüsts erfolgen soll, wäre möglicherweise mit einem Provisorium zu rechnen, das ggf. über mehrere Jahre Bestand hätte.

Da es sich lediglich um den Entwurf aus einem Realisierungswettbewerb, nicht aber um eine baureife Planung handele, könnten die Kosten derzeit nicht beziffert werden. Herr Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass zunächst der Architekt des ersten Preisträgers mit der Entwurfsplanung zu beauftragen sei. Hierbei könnten alle angesprochenen Dinge abgearbeitet werden. Dies müsste allerdings in der Art und Weise realisiert werden, dass das Ergebnis als Vorlage zum Baubeschluss vorgelegt werden könne.

Herr Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass viele Punkte des vorliegenden Dringlichkeitsantrages bereits durch die Beschlussvorlage der Verwaltung berücksichtigt oder aber im Rahmen der Entwurfsplanung zu lösen seien.

Herr Beigeordneter Streitberger begrüßt die Diskussionen, die in der Stadt über das Thema geführt werden. Die Ausstellung im Spanischen Bau habe mit ihrer bildlichen Darstellung einen großen Beitrag zur Qualifizierung der Debatte geleistet.

Bezug nehmend auf den Auslobungstext erklärt Herr Beigeordneter Streitberger, dass es eine eindeutige Entscheidung gebe, das Kutz-Gelände nicht einzubeziehen. Aus städtebaulicher Sicht war hier allerdings eine andere Lösung gewünscht, um eine Wiederherstellung des Blockrandes erreichen zu können. Das Wettbewerbsergebnis verstoße nicht gegen die Ausschreibung sondern entspreche der Auslobung, allerdings auf eine unerwartete Art und Weise. Grund für die Durchführung von Wettbewerben sei gerade das Aufzeigen mehrerer Lösungen. Das vorliegende Ergebnis ziehe neue Aufgaben für die Verwaltung nach sich.

In der Beschlussvorlage der Verwaltung sei eine doppelte Vorgehensweise vorgeschlagen. Demnach soll dem Architekturbüro aufgegeben werden, der Empfehlung des Preisgerichtes zu folgen, d. h. grundsätzlich bei seinem Entwurf zu bleiben, diesen aber gegenüber dem Wallraf-Richartz-Museum in der Fläche zu reduzieren.

In einem weiteren Schritt sei die Frage zu klären, ob eine städtebaulich akzeptable Zwischenlösung gefunden werden kann. Dabei sei zu prüfen, ob die Bauten später möglicherweise wieder entfernt oder aber in einem weiteren Bau integriert werden könnten.

Herr Beigeordneter Streitberger stellt nochmals klar, dass die Errichtung der archäologischen Zone mit einer Bebauung wesentlicher Teile des Rathausvorplatzes verbunden sei. Zur Lösung des Problems habe der Wettbewerb sowohl positive als auch negative Vorschläge hervorgebracht. Die Schwierigkeiten seien sowohl in der zeitlichen Abfolge der verschiedenen Projekte als auch der Tatsache, dass es verschiedene Bauherren gäbe, begründet.

RM Dr. Lemper nimmt Bezug auf die öffentliche Diskussion, die über die Bebauung des Rathausplatzes entstanden ist und bedauert, dass diese erst in Gang gekommen sei, nachdem eine politische Entscheidung praktisch schon getroffen war. Er erinnert in diesem Zusammenhang, an die Diskussionen, die über einen Ersatzstandort der Oper und des Schauspielhauses geführt wurden. Hier seien die verschiedenen Standorte – auch auf der Grundlage von Entscheidungsvorschlägen aus der Verwaltung - intensiv erörtert worden. Erst im Anschluss daran, wurde der abgestimmte Entwurf verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Bezug nehmend auf den Vorwurf von RM Börschel, dass der Oberbürgermeister nur in unzureichendem Maße für eine öffentliche Diskussion gesorgt habe, erinnert RM Dr. Lemper an einen Antrag, den seine Fraktion bereits 2006 gestellt hatte. Bestandteil des Antrages war u. a. die Forderung, die vorliegende architektonische Entwurfsplanung in einem Modell oder mit einer Computersimulation darzustellen. Es wäre damit ausreichend Zeit für eine öffentliche Meinungsbildung gewesen. Leider habe der besagte Antrag damals keine Mehrheit gefunden. Diesen Aspekt nunmehr zu kritisieren, erscheine deshalb verwunderlich.

Hinsichtlich der Authentizität des Platzes für ein Haus und Museum der Jüdischen Kultur gäbe es am ausgesuchten Ort - Rathausvorplatz - keinen Zweifel. In der aktuellen Debatte spiegele sich allerdings die Schwierigkeit des Abwägungsprozesses zwischen der Standortentscheidung und der Frage, ob man auf diesen authentischen Ort unter Wahrung anderer Gesichtspunkte – nämlich der Platzerhaltung – verzichten sollte, wider. Auch dies sei eine legitime Diskussion, die allerdings in einer vernünftigen Art und Weise kanalisiert werden müsse.

RM Dr. Lemper zitiert aus dem Auslobungstext. Darin werde erläutert, dass nicht endgültig geklärt sei, ob Archäologische Zone und Haus und Museum der Jüdischen Kultur in einer gemeinsamen Bauphase errichtet würden. Die Planung sollte daher gewährleisten, dass sie zeitlich getrennt voneinander errichtet und funktional unabhängig von einander betrieben werden können. Unter Punkt 4 – verbindliche Vorgaben – sehe der Auslobungstext darüber hinaus vor, dass die Archäologische Zone auch ohne das Jüdische Museum realisierbar und funktionsfähig sein muss. Es sei

daran zu erinnern, dass der besagte Auslobungstext von Stadtentwicklungs- und Kulturausschuss einstimmig beschlossen wurde.

RM Dr. Lemper bekräftigt deshalb, dass vorrangiges Thema die Errichtung der Archäologischen Zone sei. Natürlich gebe es funktionale Verbindungen zwischen den beiden Projekten. Doch die ständige Diskussion über die Abhängigkeiten habe bereits zu einem zeitlichen Verlust bei der Errichtung der archäologischen Zone geführt und könne letztlich sogar deren Realisierung in Frage stellen.

RM Dr. Lemper verweist auf die Diskussion über die Ergebnisse des Expertenhearings 2001. Bereits zu diesem Zeitpunkt habe der Vorstand des Trägervereins des Jüdischen Museums seine Absicht formuliert, die Frage der Finanzierung zu klären. Nach Ansicht von RM Dr. Lemper bestehen aber bis zum heutigen Zeitpunkt berechnete Zweifel daran, ob der Trägerverein überhaupt ernsthafte Bemühungen dieser Art unternommen hat. In diesem Zusammenhang sei daran zu erinnern, dass der Ratsbeschluss darauf abziele, dem Trägerverein das Grundstück im Wege des Erbbaus, d. h. als geldwerte Leistung zur Verfügung zu stellen. Das setze allerdings voraus, dass man über die Frage von Realisierung und Umsetzung informiert sein müsse, um solch eine Entscheidung verantwortlich treffen zu können. RM Dr. Lemper bittet den Oberbürgermeister anschließend um Auskunft, ob ihm Erkenntnisse über die zu erwartenden Baukosten und deren Finanzierung bekannt seien.

Der Oberbürgermeister erwidert, dass ihm hierzu keine Informationen vorliegen. Er könne lediglich Aussagen aus dem Beirat wiedergeben. Danach werde die Finanzierung möglicherweise erst in zwei bis drei Jahren oder erst in zehn Jahren oder überhaupt nicht zu Stande kommen. Da ein Großteil der hier anwesenden Politiker an der besagten Beiratssitzung teilgenommen hat, dürften diese Aussagen allerdings bekannt sein. Die Frage der Finanzierung sei deshalb mit einem großen Fragezeichen zu versehen.

RM Moritz betont, dass für die Realisierung des Museums eine seriöse Finanzierung unverzichtbar ist. In diesem Punkt seien die politischen Entscheidungsträger aufgrund der Beschlusslage verantwortlich. Sie habe allerdings keinen Zweifel an dem Willen und dem Engagement der Stiftung. Sie habe jedoch den Eindruck, dass man die Aktionen der Stiftung zwar wahrnehme, allerdings nichts dafür tue, um deren Einsatz zu fördern. Wenn denn ein ehrlicher Wille bei der Verwaltung zur Umsetzung des Projektes vorhanden wäre, würde man sich zusammensetzen und gemeinsam an der Erreichung des Zieles arbeiten, statt dieses unter Hinweis auf Finanzierungsprobleme zu zerreden.

RM Moritz erwidert auf die Aussage des Oberbürgermeisters, der ein Konzept für das Museum anmahnt, dass man dieses Thema bereits vor Jahren erörtert habe. Hierzu habe der Verein entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Weiterhin erklärt RM Moritz, dass nicht nur für das Jüdische Museum Funde aus den Museumsdepots bereitgestellt werden müssten. Nach Aussage von Herrn Dr. Schütte (Leiter der archäologischen Zone) bestehe auch für die archäologische Zone die Absicht, die aktuellen Bodenfunde um Gegenstände anzureichern, die sich zurzeit noch in den Museen befinden. Das herausragende an dem Ort sei ja gerade die Au-

thentizität und die Möglichkeit, jüdische, christliche und römische Funde an einem Ort im Kontext zeigen zu können. Das Museum sollte kein Holocaust-Museum sondern ein historisches Museum sein, das an die Wurzeln jüdischen Lebens in Köln erinnert. Deshalb sei es äußerst wünschenswert, dass es realisiert werde und nicht bloß die reinen Ausgrabungen gezeigt würden.

Das Thema Bürgerbeteiligung habe für ihre Partei ungefähr die gleiche Bedeutung, wie eine „Heilige Kuh“ in Indien. Allerdings spiele der Einfluss der Medien auf die Meinungsbildung und damit auch auf das Ergebnis einer Bürgerbeteiligung eine entscheidende Rolle. Im vorliegenden Fall habe es zum jüdischen Museum eine regelrechte Kampagne in der örtlichen Kölner Presse gegeben. Der Tenor der überregionalen Presse, wie etwa von Spiegel, Neue Züricher Zeitung, Süddeutsche, FAZ oder Welt kam bei der Bewertung zu einem völlig anderen – nämlich positiven – Ergebnis. Auch hinsichtlich der publizierten Zahlen der Bürgerinnen und Bürgern, die das Museum ablehne, wurden völlig unterschiedliche Angaben veröffentlicht. Anhand von Beobachtungen in der Ausstellung sei festzustellen, dass mit zunehmender Information über das Thema, die Bereitschaft für eine Befürwortung der Errichtung eines Jüdischen Museums steige. Es gäbe allerdings auch etliche Besucher, die keine Erläuterungen wünschten sondern lediglich ein Signal über ihre ablehnende Haltung abgeben wollten.

RM Moritz weist darauf hin, dass es für eine Entscheidungsfindung ggf. problematisch sein könnte, eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Sie gehe z. B. davon aus, dass es in den Kölner Museen kein einziges Kunstwerk von Josef Beuys gebe, wenn hierzu eine Bürgerbefragung stattgefunden hätte. In diesem Zusammenhang erinnert sie auch an die Standortentscheidung für das Wallraf-Richartz-Museum. Diese Entscheidung war seinerzeit von den Fraktionen der CDU und der Grünen gegen den Willen von Oberbürgermeister, Oberstadtdirektor, Verwaltung und gegen den Verleger der Kölner Tageszeitungen durchgesetzt worden. Heute ist dieses Museum unumstritten und auch diejenigen, die es damals vehement abgelehnt haben, kämpfen heute für das Museum und sein Umfeld. Das sei nur ein Beispiel dafür, wie sich Meinungen ändern könnten.

RM Moritz führt aus, dass es erstaunlich sei, mit welchem Nachdruck die CDU in diesem Fall eine Bürgerbeteiligung einfordere. Es habe in der Vergangenheit bereits mehrere Bürgerbegehren gegeben, hier war die Bereitschaft über die Anträge abzustimmen allerdings eher gering.

Unter Hinweis auf das Thema Schutzbauten erklärt RM Moritz, auch ihr sei zu Anfang nicht klar gewesen, was dies zu bedeuten habe. Die Fragen dazu hätten sich erst im Lauf des Verfahrens eingestellt. Die Möglichkeit die Angelegenheit näher zu erörtern, habe im Preisrichterkolloquium bestanden. An der ausführlichen Beratung haben neben Vertretern der Stadt und des Landes auch Fachleute, Mitarbeiter der Bodendenkmalpflege und Fachprüfer teilgenommen. Leider habe die CDU damals die Gelegenheit versäumt, sich die Problematik erklären zu lassen, deshalb sei die Forderung nach einer erneuten Prüfung nicht nachzuvollziehen.

RM Granitzka wirft dazu ein, dass die Architekten, die sich jetzt zu dem Thema gemeldet hätten, zum damaligen Zeitpunkt mit den heute aufgezeigten Möglichkeiten nicht zur Verfügung standen.

RM Dr. Lemper weist darauf hin, dass Mitglieder seiner Fraktion im Gegensatz zu anderen politischen Vertretern regelmäßig im Beirat der archäologischen Zone vertreten seien.

RM Moritz erwidert, dass dann die Problematik der Schutzbauten bekannt gewesen sein dürfte, diese seien sogar als historisierende Bauten dargestellt worden. Es sei bedauerlich, dass nunmehr eine Debatte eingefordert werde, die Gelegenheit dazu in der Vergangenheit aber nicht wahrgenommen wurde.

RM Sterck bedauert, dass viele Aspekte in dieser Debatte erst zu diesem späten Zeitpunkt angesprochen werden. Dabei habe nach dem Beschluss von 1999, den Symposien in 2001 und 2002 sowie dem Beschluss vom Mai 2006 ausreichend Gelegenheit bestanden, die Angelegenheit zu erörtern. Leider habe dies allerdings nur überwiegend in Fachkreisen, wie dem Bund Deutscher Architekten (BDA), stattgefunden.

RM Sterck verweist auf die häufig gebrauchte Aussage „es gäbe eine deutliche Mehrheit oder gefühlte deutliche Mehrheit, die sich gegen eine Bebauung des Rathausvorplatzes ausspreche“. Bei den Personen, die das Wort benutzten habe er Zweifel an deren Demokratieverständnis. So sei dies z. B. aus Leserbriefen geschlossen worden. Eine derartige Meinungsbildung habe sich z. B. auch zum Standort der Reibekuchen-Bude auf dem Bahnhofsvorplatz ergeben. Hier wurden 27.000 Unterschriften gesammelt, die sich für einen Verbleib an Ort und Stelle ausgesprochen haben. Trotz dieses Votums habe sich der Rat über diese Meinung hinweggesetzt und mehrheitlich eine andere Entscheidung getroffen. Aus dem Bereich der Museen sei als weiteres Beispiel der Bau des Museums Ludwigs, direkt vor dem Dom, anzuführen. Hier waren wahre Weltuntergangsszenarien über die Folgen der Entscheidung aufgezeigt worden. Aus heutiger Sicht sei man sowohl mit der Standortwahl als auch dem Ergebnis zufrieden.

Hinsichtlich seiner Äußerung „da bauen wir erst mal...“, die vom Oberbürgermeister zitiert und bewertet worden sei, erklärt RM Sterck, es gehe um gewisse bauliche Vorleistungen, die dieser erste Entwurf mache. Dafür erhalte man aber andererseits eine städtebauliche Figur, die die Vorkriegssituation, die mittelalterliche Struktur, mit engen Straßen, auf dem Rathausvorplatz wieder herstelle. Diese Aussage entspreche der Bewertung von Herrn Beigeordneten Streitberger, der es als geniale Idee des Architekturbüros bewertet hat, eben nicht irgendwelche Provisorien oder Schutzbauten zu errichten sondern die endgültige Figur schon im ersten Bauabschnitt darzustellen.

RM Sterck bestätigt die Bewertung des Oberbürgermeisters, der hier von einer Vorleistung der Stadt gesprochen hatte. Es sei gängiges Verfahren bei einzelnen Planungen in Vorleistung zu treten. In diesem Zusammenhang sei z. B. an den Bau der Kreuzungshaltestelle Heumarkt zu erinnern. Die Entscheidung zum Bau habe man in der Annahme getroffen, dass nach der Nord-Südstadtbahn auch die Ost-Weststadtbahn errichtet werde. Hier sei ebenfalls noch nicht abzusehen, wann dieser nächste Abschnitt realisiert werde. Auch hier bestehe die Möglichkeit, dass dies in

zwei bis drei Jahren, in zehn Jahren oder möglicherweise gar nicht geschehe. Dazu werde ein Finanzvolumen benötigt, für das mehrere Jüdische Museen errichtet werden könnten.

Als weiteres Beispiel von Vorleistungen erinnert RM Sterck an den Bau des Kammermusiksaals im Rautenstrauch-Joest-Museum. In dieser Angelegenheit hatten sich nur seine Fraktion und der Oberbürgermeister dafür ausgesprochen, den Rohbau zu errichten. Zu diesem Zeitpunkt war weder die Finanzierung noch die Frage, wie er später betrieben werden sollte, geregelt.

Genauso wichtig sei für ihn die Errichtung des Jüdischen Museums, deshalb hoffe er auch nicht, dass das Geld dafür nicht zusammen komme und deshalb lediglich Schutzbauten erhalten blieben. Es bestehe der dringende Wunsch das Museum am Standort Rathausvorplatz zu errichten, weil es wichtig für die Stadt sei. Unter diesen Umständen müsse man auch bereit sein, Mittel für die Vorfinanzierung in die Hand zu nehmen.

RM Dr. Müser verweist auf die Aussage von Herrn Beigeordneten Streitberger, dass das Wettbewerbsergebnis dem Auslobungstext entspreche. Er gehe davon aus, dass dies formal richtig sei. Er wolle jedoch an den Sinn des 2-stufigen Verfahrens erinnern. Danach war zunächst die Errichtung von Schutzbauten - in einer kleinen Dimension - vorgesehen. Das was nunmehr geplant sei, habe allerdings nichts mehr mit dem zu tun, was mit dem Ausschreibungstext intendiert war.

Bezug nehmend auf die Frage der Finanzierung erklärt RM Dr. Müser, dass es gerechtfertigt sei, der Stiftung, die das Jüdische Museum errichten wolle, eine „Deadline“ zu setzen.

RM Dr. Müser greift das Argument der Authentizität des Standortes auf. Die Frage nach einem authentischen Ort sei seiner Ansicht nach nur gerechtfertigt, wenn es sich um ein Denkmal handeln würde. Dies sei hier allerdings nicht der Fall. Für ein Haus, in dem das jüdische Leben über die Generationen hinweg dargestellt werden soll, sei auch jeder andere denkbare Ort genauso sinnvoll. Die Frage der Authentizität würde bereits mit der Archäologischen Zone sehr gut gelöst, deshalb bedürfe es eines Hauses der Jüdischen Kultur an diesem Platz nicht.

RM. Dr. Müser greift die Erklärungen von RM Moritz und RM Sterck hinsichtlich einer Bürgerbeteiligung auf. Hier habe RM Sterck wenigstens den Mut gehabt, darauf hinzuweisen, dass man sich in dem einen oder anderen Falle über den Bürgerwillen hinweggesetzt und dies letztendlich zu einer guten Entscheidung geführt habe. RM Moritz habe dagegen auf Beobachtungen aus der Ausstellung verwiesen. Danach sei bei den Besuchern mit zunehmender Dauer der Anwesenheit in der Ausstellung, im gleichen Maße die Bereitschaft gestiegen, den Planungen zum Museumsbau zuzustimmen. Dies sei das erste Mal, dass eine demokratische Willensentscheidung davon abhängig gemacht werde, wie qualifiziert man sich mit dem Thema auseinandergesetzt hat. Daraus sei zu schließen, dass RM Moritz es nicht für legitim halte, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger einfach für die Erhaltung des Platzes aussprächen. Für sie zähle lediglich die Klientel, die sich in ihrem Sinne mit der Architektur auseinandersetze.

Unter dem Hinweis auf den großen Erfolg des Bürgerhaushaltes, erklärt RM Dr. Müser, dass es die Bürger verdient hätten, ihnen mehr zuzutrauen.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die unterschiedlichen Standpunkte nunmehr hinreichend ausgetauscht wurden. Man werde noch reichlich Gelegenheit haben, dieses Thema in den verschiedenen Fachausschüssen zu erörtern. Bereits in der kommenden Ratssitzung am 28.08.08 werde dazu eine Beschlussvorlage zu behandeln sein. Heute seien weder ein Bau- noch ein Planungsauftrag zu beschließen. Ganz wichtig sei jedoch die Klärung der Frage, ob eine Entkoppelung der beiden Projekte möglich sei. Der Oberbürgermeister weist nochmals nachdrücklich auf den Zeitdruck der Angelegenheit hin.

RM Rouhs bezeichnet den vorliegenden Antrag als reinen "Schaufensterantrag". Er sei als Reaktion auf die Haltung der CDU-Fraktion zu werten. Auch die CDU-Fraktion habe ursprünglich die Bebauung des Rathausvorplatzes vorangetrieben. Dann habe es aber eine Pressekampagne in den Kölner Zeitungen gegeben, in der eine Vielzahl von Leserbriefen veröffentlicht wurde, die sich gegen eine Bebauung des Rathausvorplatzes aussprachen. Als dann auch noch das Ergebnis des Architekturwettbewerbes vorlag, sei die Stimmung endgültig gekippt. Unabhängig wie man über die Medienkampagne denke, hätte sie jedenfalls als Resonanzverstärker für berechnete Bürgerinteressen gedient. Denn auch die Bürger haben ein nachvollziehbares Interesse daran, selber in einem solchen Prozess zu intervenieren

RM Rouhs greift die Aussage der Antrag stellenden Fraktionen auf, wonach man das große Bürgerinteresse begrüße. Diese Erklärung sei unredlich, da man auf der anderen Seite gar nicht an den kritischen Stimmen interessiert sei und darüber hinaus über die politische Mehrheit verfüge, die Bebauung in den kommunalpolitischen Gremien durchzusetzen.

Allerdings sei zu berücksichtigen, dass die politischen Entscheidungsträger für ihre Beschlüsse verantwortlich seien. Deshalb sei daran zu erinnern, dass es sich bei dem Haus und Museum der Jüdischen Kultur nicht um ein städtisches Projekt handle. Der Oberbürgermeister habe bereits darauf hingewiesen, dass die Finanzierung derzeit nicht geklärt sei. RM Rouhs macht deutlich, dass die Beschlüsse zwar von einer gesicherten Finanzierung ausgehen, die kommunalpolitischen Gremien aber andererseits keinerlei Einfluss darauf hätten, dass diese Mittel von der Stiftung bereit gestellt werden könnten. In diesem Falle werde die Verantwortung der nächsten Generation von Kommunalpolitikern aufgebürdet, die sich dann möglicherweise mit der Übernahme der Kosten für Bau und Betrieb auseinandersetzen müssten. Unter diesen Umständen wäre es wünschenswert, wenn der vorliegende Antrag in den politischen Gremien versanden würde.

RM Klipper erklärt Bezug nehmend auf die Aussage von RM Sterck, eine Unterschriftenaktion, die sich für den Verbleib einer Reibekuchen-Bude auf dem Bahnhofsvorplatz ausspreche, könne nicht mit der Bürgerbefragung zur Erstellung von archäologischer Zone und Haus und Museum der jüdischen Kultur gleichgesetzt werden.

RM Klipper weist darauf hin, dass es selbstverständlich sein müsse, dass aus Wettbewerben oder Sitzungen, in denen vertrauliche Angelegenheiten besprochen werden, nicht berichtet werden darf. In der vorliegenden Angelegenheit hätten sich allerdings bereits mehrere Personen gemeldet, die über entsprechende Informationen aus nichtöffentlichen Sitzungen verfügen. Auch das Abstimmverhalten wurde in die Öffentlichkeit getragen.

RM Klipper verweist auf den Vorprüfungsbericht zur Errichtung der Archäologischen Zone und des Hauses und Museums der Jüdischen Kultur. Hier hätten Fachprüfer den Punkt „funktionale Unabhängigkeit bzw. zeitlich unabhängige Realisierbarkeit“ als nicht erfüllt bewertet.

Hinsichtlich der Ausmaße der Schutzhülle erläutert RM Klipper, dass die Außenhaut eine Höhe von 12 m sowie das Dach eine Höhe von ca. 2 m Höhe haben werde. Zusätzlich müsse noch eine Betondecke dazwischen eingebaut werden. Man könne daher mit einer Gesamthöhe von ca. 14 m rechnen. Das Zelt, das sich derzeit auf dem Vorplatz befinde, habe eine Höhe von ca. 6 bis 6,50 m. Das Gebäude des Spanischen Baus verfüge über eine Traufhöhe von ca. 12 m. Bei diesen Vergleichen sei es sehr gut möglich, sich das Ausmaß der Außenhülle vorzustellen.

RM Klipper weist auf die Möglichkeit hin, dass eine bloße Außenhülle stehen bleiben könnte, soweit es der Stiftung nicht gelingen sollte, die notwendigen Finanzmittel für die Einrichtung des Museums bereit zu stellen. Um diese Gefahr auszuschließen, habe sich seine Fraktion bereits in der Vergangenheit für eine Entkoppelung der beiden Wettbewerbe ausgesprochen. In diesem Zusammenhang sei an die Aussage des verstorbenen Oberbürgermeisters aus dem Jahr 1999 zu erinnern. Er hätte das Thema Haus und Museum der jüdischen Kultur erst wieder behandeln wollen, wenn ein bankbestätigter Scheck über die Finanzierung vorliegen würde. Für den Fall, dass die Stadt hinsichtlich der Errichtung des Museums finanzielle Vorleistungen erbringen würde, bestünde ebenfalls die Gefahr, dass die dann zu zahlende Miete/Pacht durch die Stiftung nicht aufgebracht werden könne.

RM Klipper greift nochmals die Ziele des Antrages von 2006 auf. Hier habe seine Fraktion u. a. vorgeschlagen, Dimension und Höhe der geplanten Bebauung anhand eines Modells zu veranschaulichen. Dazu bedürfe es keiner Kopie des Berliner Schlosses, auch ein Gerüst, mit dessen Höhe und Eckbetonungen das Ausmaß der geplanten Bebauung für die Kölner Bürger veranschaulicht werde, könnte den Zweck erfüllen. Auch wenn der Antrag seinerzeit keine Mehrheit gefunden habe, sei die Notwendigkeit aufgrund der aktuellen Diskussionen größer denn je. Natürlich bestehe eine Schwierigkeit darin, einen hochkarätigen Wettbewerb durch eine solche Aktion im nach hinein in Zweifel zu ziehen. Die Diskussion, die in den vergangenen Wochen zu beobachten war, verdeutliche jedoch, dass ein großer Teil der Bevölkerung den Rathausvorplatz als Symbol der Nachkriegszeit erhalten wolle.

Zum Thema Gestaltung der Schutzbauten erklärt RM Klipper, dass er in seinem letzten Urlaub Gelegenheit hatte, eine derartige Lösung im Guggenheim Museum in Bilbao zu sehen. Hier sei bereits 1996 sehr viel Glas bei der Errichtung der Schutzbauten verwendet worden. Dies gewährleiste einerseits den Schutz der empfindlichen Kunstwerke und Sorge andererseits für ein hohes Maß an Transparenz. Diese Art der Gestaltung sei es wert auch für Köln geprüft zu werden. Es sei bedauerlich, dass die Antragsteller zu einem Schritt in dieser Richtung nicht bereit seien. Seine Fraktion

wolle die archäologische Zone, lehne jedoch eine Bebauung in der beschriebenen Massivität ab.

Beschlüsse:

I. Beschluss zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Der Hauptausschuss der Stadt Köln beschließt, die Realisierung der Archäologischen Zone sowie des Hauses und Museums der Jüdischen Kultur zeitlich als auch funktional getrennt voneinander zu beschließen. Alle heute vorliegenden - anders lautenden Beschlüsse - werden damit aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DieGrünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Stimmenthaltung des Oberbürgermeisters **abgelehnt**.

II. Beschlüsse zum Änderungsantrag von Ratsmitglied Herrn Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis):

Beschluss II.1:

Der Hauptausschuss beschließt eine Einzelabstimmung über die durch den Änderungsantrag modifizierten Punkte des Dringlichkeitsantrages durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit sechs Stimmen bei fünf Gegenstimmen **abgelehnt**.

Beschluss II.2:

Der Hauptausschuss beschließt, den Dringlichkeitsantrag wie folgt zu ändern:

1. Die Ziffer 3. des Antrages wird durch folgenden Text ersetzt:

„Der Rathausvorplatz ist von einer zusätzlichen Bebauung nach der Durchführung des Regionale-2010-Projektes durch ein Haus und Museum der Jüdischen Kultur (Jüdisches Museum) freizustellen. Das Projekt Archäologische Zone soll vom Vorhaben des Jüdischen Museums zeitlich abgekoppelt werden, ohne dass der inhaltliche Zusammenhang der beiden Projekte verloren geht. Dabei muss die Planung für die Archäologische Zone so angepasst werden, dass Zugänge vom nachstehend beschriebenen Standort des Jüdischen Museums zu den als Bodendenkmälern erhalten gebliebenen historischen Sakralbauten Mikwe und Synagoge unterirdisch erfolgen und so für Besucher erschlossen werden. Museum und Bodendenkmäler bilden so im Zustand ihres Endausbaus einen Zusammenhang mit einer sowohl ober- als auch unterirdischen Besucherführung. Das Jüdische Museum selbst soll in den, an

die Judengasse angrenzenden, von Karl Band errichteten Flügel des Rathauses integriert werden. Dieser ist südlich der Bronzewand von Ernst Wille gegebenenfalls aufzustocken und in seinem Innenausbau für Museumsbedürfnisse umzugestalten. Eine Verbindung zum vorgesehenen Neubau auf dem Gelände des ehemaligen Kaufhauses Kutz kann dabei sinnvoll sein. Dabei müssen sich die Neugestaltung des Bandanbaus und die Bebauung des Kutz-Geländes so in die Fassung der bestehenden Platzfläche einfügen, dass sie mit dem Wallraf-Richartz-Museum ein zusammenhängendes städtebauliches Ensemble bilden. Dieses muss in Verbindung mit einer funktionalen Neugliederung der Platztopographie die Chance zur Erhaltung und Weiterentwicklung eines einzigartigen Stadtraumes an der Via Culturalis eröffnen. Es soll dabei möglichst auf voluminöse Schutzräume verzichtet und geprüft werden, in wie weit mit transparenten begehbaren Glasflächen aus Sonnenlicht polarisierendem Glas eine Sicht auf die Bodendenkmäler von der Platzfläche möglich ist. Die Schnittstelle zwischen den beiden Projekten Archäologische Zone und Jüdisches Museum muss so beschaffen sein, dass der Museumsbau später mit dem Zugang zu den Bodendenkmälern verbunden werden kann; aber auch ein eigenständiger Betrieb der Archäologischen Zone erreicht wird. Seine Realisierung sollte dann in Angriff genommen werden, wenn der Förderverein durch belastbare Bürgschaften und Patronatserklärungen nachweist, dass er Errichtung und Betrieb des Museums gewährleisten kann.“

2. Die Punkte 7 bis 13 des Antrages werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion und des Oberbürgermeisters **abgelehnt**.

III. – VI. Beschlüsse zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion:

III. GesamtAbstimmung:

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Die Stadt Köln dankt allen Mitwirkenden des Wettbewerbes um die Archäologische Zone und das Haus und Museum der jüdischen Kultur für ihr Engagement und gratuliert den Preisträgerinnen und Preisträgern.
2. Die Stadt Köln dankt dem Land Nordrhein-Westfalen und der Regionale 2010 für die avisierte Bereitschaft, das Projekt der Archäologischen Zone finanziell zu unterstützen. Oberste Maxime städtischen Handelns muss daher sein, kurzfristig einen entsprechenden Ratsbeschluss herbeizuführen, um dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.
3. Der Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 18. Mai 2006, dass aufgrund der Ergebnisse des Expertenhearings zur Standortuntersuchung am 26.01.2001 der Rathausvorplatz wegen der Authentizität des Ortes der einzig mögliche Standort für ein Haus und Museum der jüdischen Kultur in Köln ist, wird bekräftigt.

4. Der Hauptausschuss kritisiert, dass die Verwaltung für die in Punkt 1 des genannten Ratsbeschlusses geforderte breite öffentliche Debatte – im Gegensatz zu anderen Gruppierungen – bis zur öffentlichen Präsentation der Wettbewerbsergebnisse im Lichthof des Spanischen Baus so gut wie nichts unternommen hat.
5. Der Hauptausschuss beschließt, um dieser öffentlichen Debatte auch nach den Sommerferien weiteren Raum zu geben und eine umfassende Information der Bürgerschaft zu ermöglichen, die Ausstellung und das Führungsprogramm mindestens bis zur Ratsentscheidung am 28. August 2008 zu verlängern.
6. Der Hauptausschuss kritisiert, dass sich der Oberbürgermeister trotz seiner Benennung als Sachpreisrichter nicht die Zeit genommen hat, dieser für die Stadt so wichtigen Preisgerichtssitzung länger als zwei Stunden zu folgen. Hätte er hier andere Prioritäten gesetzt, wäre seine nachträgliche Kritik am Wettbewerbsergebnis mit dem weitgehend negativen bundesweiten Presseecho für die Stadt vielleicht zu vermeiden gewesen.
7. Auf Punkt 3 des genannten Ratsbeschlusses, dass die Stiftung für das Haus und Museum der jüdischen Kultur verpflichtet wurde, den 1. Preisträger mit der Durchführung des Bauvorhabens zu beauftragen, und einen gleichgerichteten Beschluss des Preisgerichtes mit Zielrichtung Stadt und Stiftung wird hingewiesen.
8. Die Verwaltung beauftragt den 1. Preisträger des Wettbewerbs, die Realisierbarkeit für die Baustufen der Archäologischen Zone ohne und mit Museum detaillierter darzustellen. Dabei sind für die durch das Preisgericht kritisch hinterfragten Themen „Durchbruch Keller Hansasaal“ und mögliche „klimatische Probleme“ der großen Ausstellungshalle der Archäologischen Zone weitere Lösungsansätze vorzustellen.
9. Die Verwaltung beauftragt den 1. Preisträger des Wettbewerbs ferner damit, eine Entwurfsalternative vorzustellen, dass gemäß Ziffer 4 des Ratsbeschlusses vom 18. Mai 2006 der Neubau an Obenmarspforten vom Gebäude des Wallraf-Richartz-Museums abrückt und hier ein neuer Platz geschaffen wird.
10. Der Hauptausschuss kritisiert, dass die Verwaltung die in Punkt 4 des genannten Ratsbeschlusses formulierte Einbeziehung des Geländes des ehemaligen Kaufhauses Kutz in der Wettbewerbsausschreibung nicht ausreichend berücksichtigt hat. Zur Umsetzung des vorhergehenden Punktes dieses Beschlusses ist sowohl mit der Stiftung als auch dem Planungsbüro zu klären, welche Nebenräume des Hauses und Museums der jüdischen Kultur (z.B. Verwaltung) gegebenenfalls in einem Neubau auf dem Kutz-Gelände untergebracht werden können, um die Baumasse auf dem Platz selbst zu reduzieren.
11. Punkt 5 des genannten Ratsbeschlusses, dass die auf der Basis des Wettbewerbsergebnisses ermittelten Kosten für die Investition und die Betriebskosten vollständig von der genannten Stiftung übernommen und die Finanzierung der notwendigen Investitionen und des Betriebes transparent und vertrauenswürdig abgesichert dargestellt werden, wird bekräftigt. In diesem Sinne wird die Stiftung aufgefordert, umgehend mit der Akquisition von Mitteln für Errichtung und Betrieb des Jüdischen Museums zu beginnen und eine auskömmliche Finanzierung für den Bau und den Betrieb des Hauses und Museums der jüdischen Kultur nachzuweisen.
12. Die Verwaltung wird zur Vorbereitung der Baubeschlüsse beauftragt, einen Zeit-Maßnahmen-Plan vorzulegen, dem zu entnehmen ist, wann für den Fall, dass der Siegerentwurf umgesetzt wird, Entscheidungen für die Realisierung der Baustufen ohne später wieder niederzulegende Provisorien von der Museumshülle als Schutzbau der

Archäologischen Zone bis hin zur Vollversion mit ausgebautem Haus und Museum der jüdischen Kultur gefasst werden müssen und welche Kosten dem jeweils gegenüber stehen.

13. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Finanzierungsmodelle für die die Landeszuschüsse übersteigenden Kosten der im vorhergehenden Punkt genannten Baustufen darzustellen. Dabei sind die „Ohnehin-Kosten“ anderer möglicher Schutzbauten gegenzurechnen. In diesem Zusammenhang sind unterschiedliche Modelle für die notwendigen Vertragsbeziehungen der Stadt mit der genannten Stiftung gemäß Punkt 2 des genannten Ratsbeschlusses darzustellen (z.B. Erbbaurecht sowie Errichtung des Hauses und Museums der jüdischen Kultur durch die Stadt bzw. Dritte und anschließende Verpachtung an die Stiftung).
14. Die Verwaltung wird beauftragt, die genannten Aspekte im Rahmen einer umfassenden und im Sinne der politischen Meinung der Beschlusslage vom 18. Mai 2006 und dieses Beschlusses mehrheitsfähigen Vorlage dem Rat und den vorbereitenden Gremien bis zur Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur am 19. August 2008 vorzulegen, um in der Ratssitzung am 28. August ein abschließendes Votum herbeizuführen. Gegebenenfalls sind Sondersitzungen der betroffenen Gremien anzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die Stimme des Oberbürgermeisters **zugestimmt**.

Im Anschluss an diesen Beschluss entsteht die Diskussion, dass eine Einzelabstimmung zu den Punkten des Dringlichkeitsantrages erwartet worden sei. Der Oberbürgermeister weist hierzu auf den soeben unter **Ziffer II.1** gefassten Beschluss zum Änderungsantrag von Ratsmitglied Herrn Dr. Müser hin, der eine Einzelabstimmung des modifizierten Dringlichkeitsantrages zum Inhalt hatte und der soeben mehrheitlich abgelehnt worden sei. Ein Aufruf der einzelnen Punkte war unter diesem Aspekt nicht mehr möglich. Um dies dennoch durchzuführen, sei zunächst eine Aufhebung des Beschlusses gemäß **Ziffer III** erforderlich.

IV. Der Hauptausschuss beschließt anschließend, den unter **Ziffer III** aufgeführten Beschluss aufzuheben.

Abstimmungsergebnis.

Einstimmig **zugestimmt**.

V. Der Hauptausschuss beschließt, eine Einzelabstimmung über die jeweiligen Punkte des Dringlichkeitsantrages durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

VI. Einzelabstimmung:

Der Hauptausschuss beschließt:

VI.1 Beschluss zu Punkt 1:

1. Die Stadt Köln dankt allen Mitwirkenden des Wettbewerbes um die Archäologische Zone und das Haus und Museum der jüdischen Kultur für ihr Engagement und gratuliert den Preisträgerinnen und Preisträgern.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen drei Stimmen aus der CDU-Fraktion **zugestimmt**.

VI.2 Beschluss zu Punkt 2:

2. Die Stadt Köln dankt dem Land Nordrhein-Westfalen und der Regionale 2010 für die avisierte Bereitschaft, das Projekt der Archäologischen Zone finanziell zu unterstützen. Oberste Maxime städtischen Handelns muss daher sein, kurzfristig einen entsprechenden Ratsbeschluss herbeizuführen, um dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

VI.3 Beschluss zu Punkt 3:

3. Der Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 18. Mai 2006, dass aufgrund der Ergebnisse des Expertenhearings zur Standortuntersuchung am 26.01.2001 der Rathausvorplatz wegen der Authentizität des Ortes der einzig mögliche Standort für ein Haus und Museum der jüdischen Kultur in Köln ist, wird bekräftigt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die Stimme des Oberbürgermeisters **zugestimmt**.

VI.4 Beschluss zu Punkt 4:

4. Der Hauptausschuss kritisiert, dass die Verwaltung für die in Punkt 1 des genannten Ratsbeschlusses geforderte breite öffentliche Debatte – im Gegensatz zu anderen Gruppierungen – bis zur öffentlichen Präsentation der Wettbewerbsergebnisse im Lichthof des Spanischen Baus so gut wie nichts unternommen hat.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die Stimme des Oberbürgermeisters zugestimmt.

VI.5 Beschluss zu Punkt 5:

5. Der Hauptausschuss beschließt, um dieser öffentlichen Debatte auch nach den Sommerferien weiteren Raum zu geben und eine umfassende Information der Bürgerschaft zu ermöglichen, die Ausstellung und das Führungsprogramm mindestens bis zur Ratsentscheidung am 28. August 2008 zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

VI.6 Beschluss zu Punkt 6:

6. Der Hauptausschuss kritisiert, dass sich der Oberbürgermeister trotz seiner Benennung als Sachpreisrichter nicht die Zeit genommen hat, dieser für die Stadt so wichtigen Preisgerichtssitzung länger als zwei Stunden zu folgen. Hätte er hier andere Prioritäten gesetzt, wäre seine nachträgliche Kritik am Wettbewerbsergebnis mit dem weitgehend negativen bundesweiten Presseecho für die Stadt vielleicht zu vermeiden gewesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die Stimme des Oberbürgermeisters zugestimmt.

VI.7 Beschluss zu Punkt 7:

7. Auf Punkt 3 des genannten Ratsbeschlusses, dass die Stiftung für das Haus und Museum der jüdischen Kultur verpflichtet wurde, den 1. Preisträger mit der Durchführung des Bauvorhabens zu beauftragen, und einen gleichgerichteten Beschluss des Preisgerichtes mit Zielrichtung Stadt und Stiftung wird hingewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung des Oberbürgermeisters zugestimmt.

VI.8 Beschluss zu Punkt 8:

8. Die Verwaltung beauftragt den 1. Preisträger des Wettbewerbs, die Realisierbarkeit für die Baustufen der Archäologischen Zone ohne und mit Museum detaillierter darzustellen. Dabei sind für die durch das Preisgericht kritisch hinterfragten Themen „Durchbruch Keller Hansasaal“ und mögliche „klimatische Probleme“ der großen Ausstellungshalle der Archäologischen Zone weitere Lösungsansätze vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie der Stimme des Oberbürgermeisters gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zugestimmt.

VI.9 Beschluss zu Punkt 9:

9. Die Verwaltung beauftragt den 1. Preisträger des Wettbewerbs ferner damit, eine Entwurfsalternative vorzustellen, dass gemäß Ziffer 4 des Ratsbeschlusses vom 18. Mai 2006 der Neubau an Obenmarspforten vom Gebäude des Wallraf-Richartz-Museums ab-rückt und hier ein neuer Platz geschaffen wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie der Stimme des Oberbürgermeisters gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zugestimmt.

VI.10 Beschluss zu Punkt 10:

10. Der Hauptausschuss kritisiert, dass die Verwaltung die in Punkt 4 des genannten Ratsbeschlusses formulierte Einbeziehung des Geländes des ehemaligen Kaufhauses Kutz in der Wettbewerbsausschreibung nicht ausreichend berücksichtigt hat. Zur Umsetzung des vorhergehenden Punktes dieses Beschlusses ist sowohl mit der Stiftung als auch dem Planungsbüro zu klären, welche Nebenräume des Hauses und Museums der jüdischen Kultur (z.B. Verwaltung) gegebenenfalls in einem Neubau auf dem Kutz-Gelände untergebracht werden können, um die Baumasse auf dem Platz selbst zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die Stimme des Oberbürgermeisters zugestimmt.

VI.11 Beschluss zu Punkt 11:

11. Punkt 5 des genannten Ratsbeschlusses, dass die auf der Basis des Wettbewerbsergebnisses ermittelten Kosten für die Investition und die Betriebskosten vollständig von der genannten Stiftung übernommen und die Finanzierung der notwendigen Investitionen und des Betriebes transparent und vertrauenswürdig abgesichert dargestellt werden, wird bekräftigt. In diesem Sinne wird die Stiftung aufgefordert, umgehend mit der Akquisition von Mitteln für Errichtung und Betrieb des Jüdischen Museums zu beginnen und eine auskömmliche Finanzierung für den Bau und den Betrieb des Hauses und Museums der jüdischen Kultur nachzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die Stimme des Oberbürgermeisters **zugestimmt**.

VI.12 Beschluss zu Punkt 12:

12. Die Verwaltung wird zur Vorbereitung der Baubeschlüsse beauftragt, einen Zeit-Maßnahmen-Plan vorzulegen, dem zu entnehmen ist, wann für den Fall, dass der Siegerentwurf umgesetzt wird, Entscheidungen für die Realisierung der Baustufen ohne später wieder niederzulegende Provisorien von der Museumshülle als Schutzbau der Archäologischen Zone bis hin zur Vollversion mit ausgebautem Haus und Museum der jüdischen Kultur gefasst werden müssen und welche Kosten dem jeweils gegenüber stehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung des Oberbürgermeisters **zugestimmt**.

VI.13 Beschluss zu Punkt 13:

13. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Finanzierungsmodelle für die die Landeszuschüsse übersteigenden Kosten der im vorhergehenden Punkt genannten Baustufen darzustellen. Dabei sind die „Ohnehin-Kosten“ anderer möglicher Schutzbauten gegenzurechnen. In diesem Zusammenhang sind unterschiedliche Modelle für die notwendigen Vertragsbeziehungen der Stadt mit der genannten Stiftung gemäß Punkt 2 des genannten Ratsbeschlusses darzustellen (z.B. Erbbaurecht sowie Errichtung des Hauses und Museums der jüdischen Kultur durch die Stadt bzw. Dritte und anschließende Verpachtung an die Stiftung).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die Stimme des Oberbürgermeisters **zugestimmt**.

VI.14 Beschluss zu Punkt 14:

14. Die Verwaltung wird beauftragt, die genannten Aspekte im Rahmen einer umfassenden und im Sinne der politischen Meinung der Beschlusslage vom 18. Mai 2006 und dieses Beschlusses mehrheitsfähigen Vorlage dem Rat und den vorberatenden Gremien bis zur Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur am 19. August 2008 vorzulegen, um in der Ratssitzung am 28. August ein abschließendes Votum herbeizuführen. Gegebenenfalls sind Sondersitzungen der betroffenen Gremien anzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die Stimme des Oberbürgermeisters **zugestimmt**.

4 Dringlichkeitsentscheidungen

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NW

4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 1 GO NW

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

5 Sonstige Allgemeine Vorlagen

5.1 Änderung der Stadtgrenze und Grundstückstausch im Zuge der Flurbereinigungsverfahren "Ortsumgehung Niederkassel" und "Langeler Bogen" 1421/2008

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt dem in den Flurbereinigungsverfahren „Ortsumgehung Niederkassel“ und „Langeler Bogen“ festgesetzten flächenneutralen Grundstückstausch gemäß

Anlage 2 und 3 - einschließlich der notwendigen Eigentumsänderungen - zu und beschließt die in Anlage 2 dargestellte Änderung der Grenze zur Stadt Niederkassel.

Er beauftragt die Verwaltung, alle hierzu erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen bzw. Erklärungen gegenüber der Bezirksregierung Köln und der Stadt Niederkassel abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mündliche Anfragen

6.1 Anfrage von Ratsmitglied Frau May zur Plakatierung im Parkhaus An Farina

Frau May erklärt, dass im Eingangsbereich des städtischen Parkhauses Plakate angebracht seien, die ihres Erachtens einen frauenfeindlichen, sexistischen und diskriminierenden Inhalt haben.

Sie bittet die Verwaltung, die Angelegenheit mit dem Betreiber zu klären.

Der Oberbürgermeister sagt eine Prüfung der Angelegenheit und eine Mitteilung für die kommende Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zu.

gez. Fritz Schramma
Oberbürgermeister

gez. Kramp
Schriftführerin